

*Für unser Land!*

LEGISLATIV-

UND

VERFASSUNGSDIENST

Bundesministerium  
für Gesundheit, Familie und Jugend

E-Mail: [sylvia.fueszl@bmfgfj.gv.at](mailto:sylvia.fueszl@bmfgfj.gv.at)  
[post@bmfgfj.gv.at](mailto:post@bmfgfj.gv.at)



ZAHL

2001-BG-196/16-2007

DATUM

6.9.2007

CHIEMSEEHOF

✉ POSTFACH 527, 5010 SALZBURG

landeslegistik@salzburg.gv.at

FAX (0662) 8042 - 2164

TEL (0662) 8042 - 2982

Herr Ing. Mag. Stegmayer

BETREFF

Entwurf eines Bundesgesetzes über Krankenanstalten und Kuranstalten; Stellungnahme

Bezug: ZI BMGFJ-92601/0011-I/B/8/2007

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum im Gegenstand bezeichneten Gesetzentwurf gibt das Amt der Salzburger Landesregierung folgende Stellungnahme bekannt:

**Zu Z 4 (§ 7 Abs 1):**

Als Leiter selbstständiger Ambulatorien für Zahnheilkunde sollten nicht nur Zahnärzte und Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, sondern auch Fachärzte für Mund-, Kiefer und Gesichtschirurgie bestellt werden können.

**Zu Z 18 (§ 10 Abs 1 Z 4):**

Hier sollte ausdrücklich klargestellt werden, dass der anfordernde bzw einweisende Arzt und nicht etwa die Krankenanstalt das nachträgliche Einverständnis für die Übermittlung der Krankengeschichte nachzuweisen hat.

**Zu Z 22 (§ 22 Abs 6):**

Der Vorschlag verursacht einen Mehraufwand für die Krankenanstalten (Adaptierung der Formulare, Erfassung der Zustimmungsinhalte udgl). Insofern erweist sich die Dar-

DAS LAND IM INTERNET: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG • LANDESAMTSDIREKTION

✉ POSTFACH 527, 5010 SALZBURG • TEL (0662) 8042-0\* • FAX (0662) 8042-2160 • MAIL [post@salzburg.gv.at](mailto:post@salzburg.gv.at) • DVR 0078182

stellung der finanziellen Auswirkungen des Vorhabens in den Erläuterungen des Entwurfs als unvollständig. Auf die Verpflichtungen aus der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt wird hingewiesen.

Abgesehen davon sollte klargestellt werden, dass in Fällen, in denen der Patient die Krankenanstalt bereits verlassen hat, für diese eine Verpflichtung nach § 22 Abs 6 zweiter Satz des Entwurfs nicht mehr besteht. Alles andere wäre überschießend.

**Zu Z 23 (§ 24 Abs 2):**

In der Z 3 fehlt nach dem Wort „weitere“ die Wortfolge „Pflege und Betreuung“.

**Sonstige Anregung:**

Im Entwurf wird am veralteten und zum Teil als diskriminierend empfundenen Begriff „Pflegling“ festgehalten. Angeregt wird, diesen durch den Begriff „Patient“ zu ersetzen.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen ue an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen, an das Präsidium des Nationalrates und an das Präsidium des Bundesrates.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Landesregierung:

Dr. Heinrich Christian Marckhgott

Landesamtsdirektor

**Ergeht nachrichtlich an:**

1. – 8. E-Mail an: Alle Ämter der Landesregierungen
9. E-Mail an: Verbindungsstelle der Bundesländer [vst@vst.gv.at](mailto:vst@vst.gv.at)
10. E-Mail an: Präsidium des Nationalrates [begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at)
11. E-Mail an: Präsidium des Bundesrates [peter.michels@parlament.gv.at](mailto:peter.michels@parlament.gv.at)
12. E-Mail an: Bundeskanzleramt [ypost@bka.gv.at](mailto:ypost@bka.gv.at)
13. E-Mail an: Institut für Föderalismus [institut@foederalismus.at](mailto:institut@foederalismus.at)
14. E-Mail an: Abteilung 9, zu do ZI 20901-K/1/225-2007
15. E-Mail an: SALK Rechtsabteilung E-Mail: [a.schwarzaeugl@salk.at](mailto:a.schwarzaeugl@salk.at)

zur gefl Kenntnis.